



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/03/2014  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Freitag, 12.09.2014  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 14:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter  
Vorlage: 0684/2014
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Mitteilungen
4. Bericht aus dem Integrationsrat
5. Antrag der SPD-Fraktion  
Anmietung von Flüchtlingsunterkünften in Hagen  
Anlage
6. Zuzug und Unterbringung von Asylbewerbern  
Bericht der Verwaltung
7. Jahresbericht der Verbände 2013  
Vorlage: 0675/2014
8. Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales  
Vorlage: 0453/2014
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 14:00 Uhr

#### 1. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter Vorlage: 0684/2014

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Hentschel stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

##### Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin

Frau Sabine Hogrebe

und als

1. Vertreterin: Frau Mechthild Liley
2. Vertreter: Herrn Mario Schöffler
3. Vertreterin: Frau Liane Meyer

Umsetzung: sofort

##### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		



Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>17</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

## 2. Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Anwesenden in seiner Funktion als neuer Ausschussvorsitzender und nimmt die Verpflichtung der Ausschussmitglieder vor.

## 3. Mitteilungen

Herr Hentschel weist auf das ausgelegte Schreiben der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle donum vitae hin, in dem diese in der Zeit vom 28.08. bis zum 27.09.2014 in eine Ausstellung des Vereins 46 plus in die Räumlichkeiten der Sparkasse Hagen einlädt.

Mit dem Einverständnis der Ausschussmitglieder gibt er Frau Buchholz die Gelegenheit, zur geplanten Erweiterung der Drogenklinik „Im Deerth“ zu berichten.

Frau Buchholz berichtet über den Stand der Dinge.

Bei bestehendem Interesse könne auch gern ein Ortstermin von der AWO organisiert werden.

Frau Cramer ist die Meinung, dass die Brisanz darin liege, dass die Einrichtung ganz in der Nähe des Waldkindergartens eröffnet werden solle. Diese beiden Stätten seien nicht miteinander zu vereinbaren. Darüber müsste noch diskutiert werden, inwieweit eine Lösung gefunden werden könne.

Herr Meier schildert die baurechtlichen Voraussetzungen der Maßnahme. Er halte es für sinnvoll, diese Abwicklung abzuwarten, bevor der Verwaltungsapparat in Gang gesetzt werde.

Frau Buchholz nimmt dazu Stellung.

Herr Hentschel bittet, die Diskussion zu beenden und zur Tagesordnung zurückzukehren.



Herr Goldbach kündigt an, dass in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses eine Vorlage eingebracht werde, in der die Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz Thema sei. Diese tage einmal im Jahr und berate gemeinsam interessierende Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf örtlicher Ebene mit dem Ziel der Koordinierung. Er bäte daher, in den Fraktionen zu überlegen, welches Mitglied des Sozialausschusses als Vertreter und Stellvertreter für diese Gesundheitskonferenz fungieren wolle und die Benennung an Frau Hogrebe weiterzuleiten.

#### 4. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

#### 5. Antrag der SPD-Fraktion Anmietung von Flüchtlingsunterkünften in Hagen Anlage

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammenzufassen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Frau Timm-Bergs erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Kaufmann berichtet, dass die Verwaltung sich seit längerer Zeit mit diesem Thema beschäftige. Sie habe sich selbst ein Bild davon machen können, dass die Menschen gut untergebracht und betreut würden. Es werde derzeit geprüft, welche Möglichkeiten es gebe, weitere Wohnungen anzumieten. Auf die Stadt kämen dadurch hohe Kosten zu, die man so nicht vorgesehen habe. Man nehme diese Sondersitzung zum Anlass, alle vorhandenen Daten zu dem Thema vorzustellen.

Sie weist auf eine Ausstellung hin, die derzeit in der Bundesagentur für Arbeit gezeigt werde. Thema sei, was Flüchtlinge können. Es sei eine sehr bewegende Ausstellung und sie empfehle, sich diese anzuschauen. Man werde sich zukünftig immer wieder an die Forderungen anpassen müssen. Das sei eine große Herausforderung und Belastung für die städtische Finanzsituation.



Herr Gierke berichtet über den Zuzug und die Unterbringung von Asylbewerbern (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Fischbach fragt, ob im Zusammenhang mit der Anmietung von Wohnraum auch daran gedacht worden sei, dass einige Schulen leer stünden, die ihres Erachtens in einem Zustand seien, dass man sie gut für solche Projekte nutzen könne.

Herr Gierke bejaht diese Frage. Dafür sei die Gebäudewirtschaft Hagen zuständig. Diese hätte den Auftrag, entsprechende Objekte zu sondieren. Es sei da natürlich auch oft ein erheblicher Instandsetzungsbedarf vorhanden. Die Sondierung sei noch nicht abgeschlossen. Zurzeit prüfe man, ob die Grundschule Kückelhausen für diesen Zweck geeignet sei.

Frau Cramer erinnert daran, dass man sich in einer Haushaltssperre befinde. Da in diesem Zusammenhang hohe Kosten auf die Verwaltung zukämen, würde sie interessieren, wie man weiterhin vorgehen könne.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man eine Unterbringungsverpflichtung habe, der man nachkommen müsse.

In Bezug auf die Bildungssituation berichtet er, dass er am heutigen Tage mit Frau Keller die Schulrätin getroffen habe. Aktuell produziere man eine Warteliste, um die Aufnahme im SEK I Bereich der Beschulung sicherzustellen. Es werde nach den Herbstferien voraussichtlich 3 zusätzliche Auffangklassen geben. Auf der Warteliste des Kommunalen Integrationszentrums stünden 40 Schüler, die aktuell bildungsmäßig nicht versorgt seien. Man sei damit gut aufgestellt, weil man rechtzeitig vorgesorgt habe. Obwohl man vorbereitet war, sei man von der Entwicklung überholt worden.

Herr Dr. Brauers nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Frau Cramer. Er macht deutlich, dass man in einem gesetzlichen Auftrag handele und die Haushaltssperre daher in diesem Zusammenhang nicht greife. Sie habe insofern natürlich Recht, als man jeden Euro, den man mehr ausbebe, an anderer Stelle bei der Stadt Hagen einsparen müsse.

Herr Hentschel möchte wissen, wieviel Prozent der Gesamtkosten durch Bund und Land gedeckt seien.

Frau Kaufmann antwortet, dass lediglich 30 % der Kosten gedeckt seien.

Frau Öz möchte wissen, ob man die Asylanten, die seit einigen Jahren mit ihren Familien in Hagen lebten, nicht in Wohnungen unterbringen könne, um deren Unterkünfte für neue Flüchtlinge zu nutzen.

Weiterhin macht sie deutlich, dass ein Großteil der Flüchtlinge aus einem Kriegsgebiet käme und traumatisiert sei. Es sei diesen nicht zuzumuten, in Schulen untergebracht zu werden.



Frau Keller informiert darüber, dass in diese Seiteneinsteigerklassen nur die Kinder eingewiesen würden, die keine Sprachkenntnisse hätten. Diese würden sprachlich fit gemacht, bevor sie in die Regelklassen kämen.

Herr Gierke weist in Hinblick auf den Wortbeitrag von Frau Öz darauf hin, dass die Möglichkeit der Wohnungsunterbringung im Einzelfall durch die Ausländerbehörde geprüft würde. Es hänge davon ab, ob deren Aufenthaltsperspektive positiv sei. Nur dann sei eine Wohnungsunterbringung sinnvoll.

Frau Timm-Bergs dankt Herrn Gierke für seinen ausführlichen Vortrag. Sie sei erfreut über die Umwandlung einer halben Stelle in eine ganze Stelle in dem Bereich und hoffe, dass eine weitere personelle Aufstockung erfolge. Diese Menschen seien auf eine umfassende Betreuung angewiesen. Sie fragt nach den zu erwartenden Nationalitäten. Sei es möglich, bei der Unterbringung dieser Menschen auf die Nationalitäten Rücksicht zu nehmen, damit möglichst wenige Konflikte entstünden?

Herr Gierke beantwortet die Frage nach den Nationalitäten. Die weitere Verteilung der Flüchtlinge erfolge nach dem Zufallsprinzip. Man versuche, auf die Herkunft Rücksicht zu nehmen. Das sei allerdings schwierig in Zeiten, in denen Unterbringungskapazitäten knapp seien.

Herr Gül berichtet von seiner Erfahrung als Sozialarbeiter bei der Stadt Schwelm, in der Flüchtlinge überwiegend in privaten Unterkünften untergebracht worden seien. Man habe dort überwiegend positive Erfahrungen damit gemacht.

Herr Gierke erklärt, dass rund 30 % derjenigen, die Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz erhielten, nicht in Übergangsheimen untergebracht seien. Man müsse auch viele Menschen unterbringen, deren Chance, als Asylbewerber anerkannt zu werden, fast aussichtslos sei. Diese Menschen könne man nicht in normalem Wohnraum unterbringen.

Herr Meier möchte wissen, was mit den Asylbewerbern passiere, die tatsächlich in Hagen blieben und von unserer Gesellschaft aufgenommen würden. Wie ginge man mit diesen Menschen um, die aus der Statistik fielen? Das Thema der Beschulung sei seines Erachtens in diesem Zusammenhang ein ganz wesentliches Thema. Damit verbunden seien auch steigende Kosten. Bei der derzeitigen Entwicklung werde die finanzielle Planung spätestens 2015 aus dem Ruder laufen.

Frau Kaufmann stellt fest, dass man im Moment noch nicht wisse, wie man das stemmen könne. Sie habe heute einige Kindertagesstätten besucht. Es sei beeindruckend, was dort täglich geleistet werde. Dort finde jeden Tag neben der Inklusion auch die so wichtige Elternarbeit statt. In Bezug auf die Schulen sei sie davon überzeugt, dass die Themen zurzeit nicht adäquat bearbeitet würden. Die meisten Lehrer, die in dem Bereich tätig seien, hätten keine entsprechende Ausbildung. Sie hätten unendlich viel Arbeit im Alltag zu verrichten, bei der sie keine Unterstützung bekämen. Man fühle sich insgesamt im Stich gelassen und



sie nehme es als Auftrag mit, sich gemeinsam mit dem Städtetag politisch zu positionieren. Man könne die Kommunen mit diesen Aufgaben nicht allein lassen. Die Lebensqualität in unseren Städten und das Lebensrecht dieser Menschen würden stark beeinträchtigt.

Herr Hentschel bittet, diese Menschen nicht nur als Kostenfaktoren zu sehen, sondern auch als Chance für unsere Gesellschaft.

Frau Köppen erklärt, dass sie sich sehr gefreut habe, dass die SPD-Fraktion den ersten Schritt gemacht habe, dieses Thema hier im Sozialausschuss zu platzieren.

Das könne ja nur ein erster Aufschlag sein. Ihr gefalle der Weg, den man hier in Hagen gehe. Man solle dieses Thema in Zukunft interessiert und engagiert mitverfolgen. Es sei sehr wichtig, dass man zusammenarbeite.

Frau Timm-Bergs regt eine regelmäßige Berichterstattung zu diesem Thema in diesem Ausschuss an.

Herr Hentschel sagt das zu und merkt an, dass dieses Thema auch im Vorfeld für die ursprüngliche Oktobersitzung vorgesehen war.

Frau Kaufmann weist abschließend auf den Geschäftsbericht 2013 hin, in dem man ab unter Punkt 2.8 ab Seite 128 Informationen zu diesem Thema nachlesen könne.

## **6. Zuzug und Unterbringung von Asylbewerbern Bericht der Verwaltung**

siehe TOP 5

## **7. Jahresbericht der Verbände 2013 Vorlage: 0675/2014**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert den Inhalt des Jahresberichtes der Verbände.

Man habe es in der Vergangenheit immer so gehandhabt, dass immer ein Arbeitsbereich aus dem Bericht von dem Träger intensiver im Ausschuss vorgestellt wurde.

Er würde vorschlagen, auch in diesem Jahr so zu verfahren und bäte um einen entsprechenden Vorschlag. Dann würde man einen Arbeitsbereich in eine der nächsten Sitzungen als eigenen Tagesordnungspunkt vorsehen.



Frau Timm-Bergs beantragt, den Bericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu einzubringen, um sich bis zur nächsten Sitzung intensiver damit befassen zu können.

Herr Hentschel stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände für 2013 **in erster Lesung** zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

## **8. Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales Vorlage: 0453/2014**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaufmann erklärt, dass sie diese Übersicht über das Tätigkeitsfeld des Fachbereiches in Form des Geschäftsberichtes außerordentlich zu schätzen wisse. Diese sei gut gemacht und sehr hilfreich. Es handele sich um die 14. Ausgabe des Geschäftsberichtes.

Sie wolle nur auf einen Punkt hinweisen und das sei das Ende der Schulsozialarbeit. Sie appelliere, dass man in irgendeiner Weise an diesem Thema weitermachen müsse.

Bei der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sei man in Hagen außerordentlich gut aufgestellt.

Von ihr als neuer Dezernentin käme ein großes Kompliment und damit verbundener Dank für diese großartige Leistung ihrer Mitarbeiter.

Herr Goldbach stellt den Geschäftsbericht anhand einiger Schwerpunkte näher vor.

Er schlägt vor, bei diesem Bericht genauso zu verfahren wie bei dem Bericht der Verbände und dies als erste Lesung zu betrachten.

Herr Hentschel stellt fest, dass die Ausschussmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind.



**Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 15.35 Uhr

gez. Ingo Hentschel  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Höggebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin